

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 592

Mittwoch, 07. Oktober 2015

22. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Die sieben Mythen, die Sandra Torres verfolgen.....	1
Steuerbehörde beklagt Rücknahme der Unternehmenssteuern durch das Verfassungsgericht.....	3
Wie geht es weiter mit Otto Pérez Molina?	3
Eigentum konfisziert	3
Der Prozess geht weiter	4
Regenzeit und Schäden: Mindestens 112 Tote in Santa Catarina Pinula	4
Wahlkampf zwischen Morales und Torres.....	5
Internationaler Tag des Rechts auf Informationen: Mangelnde Transparenz in Guatemala	5
Taiwan sponsert Lebertransplantationszentrum.....	6
Polizeikommissariate analysiert	6

Die sieben Mythen, die Sandra Torres verfolgen

In der letzten ¡Fijáte!-Ausgabe hatten wir ein Interview mit dem Sieger der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, Jimmy Morales, gebracht. Nun folgen ein paar Mythen, Geschichten und Wahrheiten über die Herausforderin Sandra Torres. Es handelt sich dabei um die Kurzfassung eines längeren Artikels von Elsa Cabria.

Nómada porträtierte Sandra Torres vor zwei Wochen. Aber dabei kam ein Artikel heraus, für den die LeserInnen 20 Minuten benötigen. Für die eiligen LeserInnen gibt es hier eine Zusammenfassung über die Mythen, die sich im Laufe der 15 Jahre politischen Lebens bei Sandra Torres angesammelt haben. Einige sind tatsächlich Mythen, aber andere haben reale Grundlagen und einige sind schlicht und einfach wahr. Die Langfassung von Elsa Cabria findet sich auf <https://nomada.gt/el-perfil-de-sandra-la-maquilera-impaciente/> (Das Profil von Sandra: Die ungeduldige Textilunternehmerin, 21.Sept.).

1. César Fajardo und die Bombe gegen einen Mitarbeiter von Colom

Am 22. Februar 2002 begann der Abgeordnete César Fajardo seine Zusammenarbeit mit Álvaro Colom und Sandra Torres. Der Abgeordnete Fajardo, 2015 auch Repräsentant der UNE bei der Obersten Wahlkommission (TSE), war der einzige Vertreter der UNE, der 2007 gegen die Einrichtung der CICIG stimmte. Der Journalist Óscar Clemente Marroquín von La Hora warf ihm vor, eine Bombe vor dem Haus seines Sohns José Carlos Marroquín gelegt zu haben. Dieser war 2007 ein führendes Mitglied der UNE. Der Fall wurde nicht aufgeklärt, José Carlos verliess das Land – und Sandra Torres sagt, dass sie den Fall untersucht hätten, aber nichts gegen Fajardo in der Hand hatten.

2. Ihre mutmassliche Beteiligung an der Entführung von Olga Novella

[Frage]: Haben Sie etwas mit der Entführung und dem nachfolgenden Tod von Olga Novella zu tun? Sandra Torres: „Nein. Aber es ist ein guter Zeitpunkt, das mal klarzustellen. Ich habe damit nichts zu tun. Den Mythos hat die Patriotische Partei in einigen Wahlkampagnen in die Welt gesetzt. Das bereitet mir bis heute Probleme.“ Aber jeder Mythos hat

doch ein Fünkchen Wahrheit. Haben Sie jemals in der Guerilla ORPA mitgewirkt? Sandra Torres: „Nein, niemals. Waren Sie jemals die Freundin eines Guerilleros? „Ja!“, sagt Sandra Torres mit einem Lächeln, als ob sie sich an eine Jugendliebe erinnert, damals in den 1970er Jahren. „Er hiess Augusto Baldizón. Ich war 17 Jahre alt, als ich an die Universität kam. Ich wusste nicht, dass er ein Guerillero war. Ich wusste es nicht.“ Wie lange waren sie ein Paar? „Viel leicht so sechs Monate“, sagt sie, um es herunterzuspielen. 20 Jahre später war dieser Guerillero, der den Kampfnamen Isaías trug, tatsächlich der Organisator der Entführung von Olga Novella, eine Entführung, die zum Tod der Eigentümerin von Cementos Progreso führte. Eine Entführung, die damals die Unterzeichnung der Friedensabkommen 1996 in Gefahr brachte.

3. Die Beschuldigungen des Rodrigo Rosenberg

Der stärkste Vorwurf gegen Torres in ihrer Zeit als First Lady war der Tod des Anwalts Rodrigo Rosenberg im Jahr 2009. Es handelte sich um die erste Krise in ihrer Amtszeit. Rosenberg hatte ein Video aufgenommen, in dem er erklärte, dass, falls er bald tot sein werde, sie, Colom und Gustavo Alejos dafür verantwortlich seien. Als er dann tatsächlich starb, gab es eine riesige Glaubwürdigkeitskrise bei der UNE – und es gab viele Protestmärsche, obwohl diese nicht vergleichbar waren mit jenen, die es in diesem Frühjahr und Sommer wegen 'La Linea' gab und die dazu führten, dass Otto Pérez und Roxana Baldetti nun in Untersuchungshaft sitzen. Derjenige, der damals der grösste Kritiker war, der Sandra während eines Protestmarsches (der 'Weisshemden') des Mordes bezichtigte, ist Mario Leal, der heute der Vizepräsidentenskandidat der Präsidentschaftskandidatin Sandra Torres ist. Aber da Politik ein lukratives Geschäft ist, haben Leal und Torres sich ausgesöhnt. Die Kandidatin ist nun, sechs Jahre später, unnachgiebig dabei, sich von einer Verbindung zu irgendeinem Mord zu lösen. Eine Ermittlung von CICIG – tatsächlich ihre erste grosse, entlastete Torres, Colom und Alejos im Fall Rosenberg und bewies anhand wissenschaftlicher Methoden, dass Rosenberg sich mit Hilfe eines gekauften Killers selbst tötete (töten liess, siehe ausführlich in **¡Fijáte!** 436). Rosenberg hatte alle hinters Licht geführt, inklusive seiner Freunde und Familienangehörigen. Neun Personen kamen ins Gefängnis, allesamt aus dem nahen Umfeld von Rosenberg.

4. Die Finanzierung der Wahlkampagne von 2007 durch Drogenbanden (laut CICIG)

Laut einem akademischen Bericht der CICIG, haben die Drogenhändler Ottoniel Turcios und Mauro Salomón Spenden für die Wahlkampagne der UNE von 2007 geleistet. Und danach erhielten sie Infrastruktur-Aufträge, um zwischen 2008 und 2011 ihre Drogengelder rein zu waschen. Wer hatte nach Angaben der CICIG dieses Geld gesammelt? Es war Gloria Torres, die Schwester von Sandra, damals Sekretärin der UNE und in der Regierung Colom zuständig für die Geschäftsführung von Projekten der Gemeindeentwicklung. Eine der linken Hände von Sandra.

Aber Sandra hatte sich rasch von der Bildfläche verabschiedet und Verantwortlichkeiten delegiert. „Nein, ich war in der Sozialpolitik aktiv, ich hatte mit diesem Teil der Verteilung von Geldmitteln nichts zu tun. Daran erinnere ich mich nicht. Was ich aber weiss, ist, dass die Zuständigen Álvaro und Gustavo waren. Gloria, vielleicht.“ Und anschliessend verteidigt sie sich, indem sie sagt, dass in ihrer Regierung sich mehr Capos einkauften als in jeder anderen Regierung zuvor. Das ist sicher, genauso wie dass sie ihre Kampagnengelder und die öffentlichen Baumassnahmen nutzten, um das Geld der organisierten Kriminalität zu waschen.

5. Wahlspenden von Tigo im Austausch mit Steuererlass im Jahr 2011

Über Tigo wollte die Regierung von Colom eine spezielle Steuer für die Telekommunikationsunternehmen einführen, denn diese nur so viel Steuern zu zahlen pflegten, wie ihnen beliebt, zumal die Steuerbehörde (SAT) über keine Daten darüber verfügt wie viele Minuten sie an Telefonie und Internet verkaufen – und noch weniger bei den Mobiltelefonen. Noch während die mediale Diskussion und öffentlichen Redeschlachten liefen, rückte die UNE plötzlich von ihren Steuerplänen ab und nach wenigen Wochen schrieb der Finanzminister, der ehrbare Juan Alberto Fuentes, heute Präsident von Oxfam, eine Autobiographie, in der er durchblicken liess, dass diese Steuerreform deshalb nicht durchgeführt worden sei, weil Tigo Wahlkampfspenden für die Präsidentschaftskampagne von Sandra Torres 2011 angeboten hatte. Auch in Bezug auf diese Frage, wie in der Mehrheit dieser Fragen, blockt die Kandidatin ab: „Das ist völlig falsch. Das soll er mir ins Gesicht sagen. Da steht sein Wort gegen meines. In seinem Buch zeigt er Unredlichkeit. Ich respektiere ihn, aber er ist ein frustrierter Politiker.“

6. Die Blockade der Anzeige von Líder gegen Torres

Sandra Torres sagt, ihr grösster Fehler sei es gewesen 2007 die Kandidatur von Manuel Baldizón für UNE angenommen zu haben – im Tausch gegen Millionen Quetzales für die Kampagne. Torres wirft Baldizón vor besessen zu sein, er habe vollständig die Kontrolle (über sich) verloren. Tatsächlich gibt es eine Anzeige von zwei Anwälten der Partei LIDER – Satellitenpartei CNN von 2014, in der ihr Geldwäsche vorgeworfen wird. Sie habe als First Lady öffentliche Gelder dazu benutzt, um in ihre Modegeschäfte Bullocks und MagaPaca zu investieren. Die Anzeige wurde von der UNE über Monate blockiert. Stand der Dinge ist aktuell, dass das Verfassungsgericht den Antrag der Staatsanwaltschaft akzeptiert hat, eine Ermittlung einzuleiten.

7. Undurchsichtige Finanzierung einer Brauerei im Jahr 2015

Nach vier vertrauenswürdigen Quellen ist die Firma Cervecería Centroamericana die einzige der grossen Unternehmen, die Ressourcen und Produkte bereit gestellt haben, während die übrigen reichen Familien dies in keiner Form taten. Nicht einmal an Leal als Gegenpartei. Die Beiträge der Brauerei, sichtbar in den Waren, die in den Körben für die Armen waren, tauchen offensichtlich nicht in den Finanzberichten der Partei für die TSE auf. Zunächst bejaht Torres das Faktum, aber danach präzisiert sie es und sagt, die UNE hätte die Waren gekauft und die Brauerei habe die Produkte geliefert, wie sie es mit jedem Kunden tue. „Das hat uns viel Geld gekostet“, sagt sie. „Die Grossunternehmen haben mir ja nicht geholfen. Wir respektieren das Wahlgesetz und die Deckelung der Wahlkampfgelder“, sagt sie ausweichend.

Steuerbehörde beklagt Rücknahme der Unternehmenssteuern durch das Verfassungsgericht

Guatemala, 25. Sept. Francisco Rivera, der Interims-Chef der Obersten Steuerbehörde (SAT), beklagte die aktuelle Entscheidung des Verfassungsgerichts (CC) die Steuerzahlungen für die Telekommunikationsbranche sowie die Bergbau- und Zementkonzerne aufzuheben, da dadurch dem Staat im kommenden Jahr Einnahmen in Höhe von schätzungsweise zwei Milliarden Quetzales (200 Millionen Euro) entgehen würden. Rivera erklärte, dass allein die Steuern der Zementindustrie mindestens 90 Millionen Quetzales ausmachen würden. Für die anderen beiden Industriebranchen gebe es keine Zahlen, da diese Zahlungen bisher noch niemals gegolten hätten. El Periodico schrieb, dass die Telekommunikationsunternehmen 1,3 Milliarden Quetzales an Steuern zu zahlen hätten, die nach der nun gekippten Steuergesetzgebung hinfällig sind. Die Zementindustrie hat allein im ersten Halbjahr 166 Millionen Quetzales gezahlt. Die Telefongesellschaften sollten monatlich fünf Quetzales pro Telefonleitung (Festnetz oder drahtlos) und 100 Quetzales für Anrufzentralen oder Anruferkonzentratoren zahlen. Die Steuer für die Zementindustrie lag bei fünf Quetzales pro Sack (zuvor 1,50 Q), die Steuern in der Bergbaubranche wurden von 1 % auf 10 % erhöht.

Der Chef der SAT sagte, dass die Entscheidung des höchsten Gerichts das Haushaltsdefizit beeinflussen werde, welche um 3,5 bis 4 Milliarden Quetzales ansteigen werde. Er untersuche momentan, wie diese Lücke reduziert werden könne, etwa indem er sich wieder des Themas der Registrierung der Empresa Portuaria Quetzal annehme und diese zu einer Zoll-Einlage erkläre und zu einer Verbesserung der Aussenhandelskontrollen und damit zu einer Verstärkung der Steuereinnahmen beitragen könne. Der Oberste Beamte erklärte zugleich, dass eine Restrukturierung der Steuerpläne vorgenommen werde, etwa durch die Neuanpassung der Pläne an die Einnahmen und die Überprüfung der nicht gezahlten Steuern mit dem Ziel einen Teil davon zu erhalten.

In der vergangenen Woche hatte das Verfassungsgericht jene Steuern für Telekommunikations-, Bergbau und Zementunternehmen für verfassungswidrig erklärt, welche ihnen im vergangenen Jahr auferlegt worden waren, um den Haushalt jenes Jahres zu finanzieren. Das Inkrafttreten der Bestimmung wurde Anfang des Jahres teilweise aufgehoben, nachdem sie von den Unternehmen angefochten worden waren. Der einstimmige Beschluss war weniger inhaltlich als formal begründet. Diese Steuern hätten nicht in dem nationalen Haushalt eingeschlossen werden dürfen, da die Verfassung solches verbiete.

Laut einem Bericht von La Hora hat das Zentralamerikanische Institut für Fiskalstudien (icefi) das Urteil des Verfassungsgerichts analysiert. Es kommt zu dem Schluss, dass der Beschluss die Möglichkeiten, die Ressourcen einer neuen Regierung zu erhöhen, aufhebt. Damit werde es der Regierung erschwert, ihren verfassungsgemässen Pflichten nachzukommen und Fortschritte im Hinblick auf eine Entwicklung aller Menschen zu erzielen. Ricardo Barrientos von Icefi, sagte, dass der Haushaltsentwurf der neuen Regierung nicht ausreichen werden, um die Versprechen der gegeneinander antretenden KandidatInnen umsetzen zu können. Sie werden finanzielle Grenzen haben. Daher forderte Barrientos die beiden auf, sich ehrlich und transparent öffentlich zu äussern, wenn es um die Haushaltsdefizite geht. Auch Präsident Maldonado kritisierte das Urteil, da es dazu führe, dass die Regierung nicht genügend Geld erhalte. (Cerigua, EP, LH)

Wie geht es weiter mit Otto Pérez Molina?

Eigentum konfisziert

Guatemala, 23. Sept. Der Chef des Gerichts für Eigentumskonfiszierung, Marco Antonio Villeda, entschied die Fincas des Ex-Präsidenten in Zaragoza, Departement Chimaltenango, zu konfiszieren. Erst letztes Jahr hatte Pérez Molina zugegeben, diese Finca zu besitzen. Der Beschluss folgte dem Antrag der Staatsanwaltschaft (MP), die Zweifel bezüglich des Anwesens hegt, welches aus sechs Fincas besteht und von einem Unternehmen (Vista Servicios Electrónicos) gekauft worden war. Diesem Unternehmen steht Víctor Hernandez vor, der ebenfalls mit der „Linie“ und dem Zollbetrug in Verbindung gebracht wird. Ermittlungen ergaben, dass das Unternehmen nicht über die Mittel verfügte, um sechs Fincas zu kaufen. Weiterhin wurden Firmen auf dem Terrain angemeldet, die nicht existieren. Das Gebiet des sechs Fin-

cas umfasst knapp 200.000 Quadratmeter, drei der Fincas wurden 2009 gekauft, die restlichen 2014.

Des Weiteren wurde ein Konto gesperrt, welches einer dieser ominösen, nicht existierenden Firmen gehört und einen Stand von knapp 1,5 Millionen Quetzales aufweist. Pérez wurde über die Maßnahmen informiert, da er sich ja öffentlich zum Besitz des Anwesens bekannt hatte. Er kann noch immer Einspruch erheben. Er sitzt derzeit in Untersuchungshaft und steht wegen dem Zollbetrugsnetzwerk die 'Linie' vor Gericht. Bereits Wochen zuvor liess der gleiche Richter Villeda die über fünf Millionen Quetzales und 22.000 US-Dollar auf Konten von Pérez Molina einfrieren. (EP)

Der Prozess geht weiter

Guatemala, 29. Sept. Estuardo Salvador González alias „Eco“, einer der mutmasslichen Anführer der 'Linie', machte vor Gericht seine Aussage. Dabei gab er weitere Details bezüglich der kriminellen Struktur preis. González gab an, dass er 61% der illegalen Einnahmen erhielt. Diese verteilte er weiter. 50% gingen an den Ex-Präsidenten und seine damalige Vizepräsidentin Roxana Baledetti, und der Rest wurde zwischen Juan Carlos Monzón, ex-Privatsekretär der Vizepräsidentin, und Claudia Méndez Asencio, damalige Zollintendantin, aufgeteilt.

„Eco“ selbst, so sagte er, erhielt zuerst zwei und später fünf Prozent der Einnahmen. „Eco“ gab aber an, nicht zu wissen, wie viel an wen floss, da er nicht für die weitere Geldverteilung der illegalen Einnahmen verantwortlich war.

Bei einer vorherigen Anhörung gab González an, dass er einmal 50.000 Quetzales in bar von der Ex-Zollintendantin erhielt, eingewickelt in Geschenkpapier. Er sagte weiterhin aus, dass er mit sieben Scheinfirmen der Ex-Vizepräsidentin zusammenarbeitete, die der Geldwäsche dienten, um zum Beispiel seine monatlichen Einnahmen von 10.000 Dollar zu legalisieren. Pérez Molina, Baledetti, Monzón, Francisco Javier Ortiz Arreaga und er nutzten, gemäss seiner Aussage, Funkgeräte, um miteinander zu kommunizieren und die Aktionen zu koordinieren. Mehrere Male traf er sich mit Pérez Molina, dessen Tochter Lissette Pérez Leal und seiner Nichte Luisa Isaacs zu Verhandlungen. Abschliessend gab er an, dass seine Aussage freiwillig sei und er keine Anweisungen von der Staatsanwaltschaft erhalten habe. (Cerigua)

Regenzeit und Schäden: Mindestens 112 Tote in Santa Catarina Pinula

Guatemala, 4. Okt. Wie jedes Jahr zu dieser Zeit, Regenzeit in Guatemala, kommt es zu Katastrophen und Unfällen. Die Nationale Koordination zur Reduzierung von Naturkatastrophen (CONRED) gab an, dass die Regenfälle der letzten Stunden zu Überschwemmungen und Erdbeben in verschiedenen Teilen des Landes führten und zum Anschwellen von fünf Flüssen in den Departements Zacapa, Alta Verapaz, Petén und Santa Rosa. Dadurch wurden bereits mehrere Häuser zerstört, Menschen mussten evakuiert werden. In verschiedensten Städten, die hier nicht aufgezählt werden können, sind hunderte von Familien von den Auswirkungen der Regenzeit betroffen – wie jedes Jahr. Brücken und Strassen werden zerstört, ganze Ortschaften unzugänglich.

In dem Weiler El Cambray II in Santa Catarina Pinula, Departement Guatemala, war der Erdbeben besonders schlimm: Dort rutschten einige tausend Tonnen Erde und Steine eines Hügels hinab und begrub die Wohnungen des Dorfes.

Die Verwaltung von Santa Catarina Pinula errichtete eine Unterkunft, in die 48 BewohnerInnen gebracht wurden, während die CONRED Alarmstufe rot für die Region erklärte.

Das Unglück kostete nach letzten Meldungen der CONRED (Stand: 4. Oktober) 112 Menschen das Leben. Darunter befindet sich auch ein Mitglied der guatemalteckischen Squash-Nationalmannschaft. Oder Angehörige der Familie Sandoval, wie eine Reportage der Zeitung La Hora berichtet:

Eine grosse Menge Erde und Schlamm zerstörte das Leben der Familie von Manuel Sandoval und Maritza Aquino. Am Donnerstagabend starben sieben Mitglieder der Familie, vier weitere sind noch verschwunden. Sandoval hatte sein Haus vor 16 Jahren am Fusse des Canons gebaut: dort lebten er, seine Frau Maritza, die drei Söhne und deren Familien.

Pablo Sandoval, der einzige überlebende Bruder war in dem Moment des Unglücks an seinem Arbeitsplatz. Er sagte, dass er durch einen Freund informiert worden sei, dass in seinem Dorf eine Katastrophe passiert sei. Als er zu Hause angekommen war, habe er nur Erde gesehen, sonst nichts. Es gehörte zu seinen Aufgaben, die Toten zu finden und zu identifizieren. Der robust gebaute Mann umarmte Menschen und weinte mit jenen, die er an dem Trauerort traf, den die Stadt eingerichtet hatte, an dem allerdings nur Platz für sieben Särge war. 600 Personen bleiben weiterhin verschwunden. Julio Sánchez, Sprecher der Freiwilligen Feuerwehr, erklärte, dass die Zahl der Todesopfer noch steigen könne.

CONRED-Generalsekretär Alejandro Maldonado, rief Menschen in dem Gebiet auf, dieses freiwillig (und vorläufig) zu verlassen. Das Hand und Gut würde von Militär und PNC bewacht. Maldonado erklärte zudem, dass internationale Hilfe anlaufe, um temporäre Notunterkünfte aufzubauen. Maldonado, Sohn des aktuellen Übergangspräsidenten, sagte, dass der Präsident angeordnet habe, die Suche nach verschwundenen Personen auch an den nächsten Tagen fortzusetzen. (La Hora)

Wahlkampf zwischen Morales und Torres

Guatemala, 2. Okt. Drei Wochen vor der entscheidenden zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen intensivieren die beiden verbliebenen KandidatInnen – Jimmy Morales (FCN-Nación) und Sandra Torres (UNE) – ihren Wahlkampf.

Für Jimmy Morales spielt seine Vorgeschichte als Comedian eine grosse Rolle in seiner Kampagne, da viele BürgerInnen sagen, sie würden ihm aufgrund seiner TV-Auftritte vertrauen. Die Wahlkampfauftritte sind dann auch häufig eher Autogrammstunden und Foto- und Selfie-Termine als politische Veranstaltungen.

Zugleich kämpft die Partei damit, dass sie in der grossen Mehrheit der Stadtkreise (292 von 338) nicht präsent sind. Inzwischen erklären irgendwelche SympathisantInnen sich zu RepräsentantInnen der FCN-Nación in Gemeinden, ohne dafür von der Parteiführung autorisiert zu sein. Das führt in einigen Gemeinden zu Streitigkeiten. Für Morales ist das alles kein Problem: Wenn es an einem Ort, an dem es bisher keinen Standort gebe, nun fünf konkurrierende gebe, so zeige das doch nur das Engagement der BürgerInnen. Wichtig seien nicht die Parteizentralen, sondern dass die BürgerInnen sich aktiv einbringen. Das Image als Nicht-Partei könnte womöglich gerade ein Vorteil sein bei den vielen parteiverdrossenen BürgerInnen. So erklärte der Politologe Luis Chavez mit Hinweis auf das Wahlergebnis in der ersten Runde, dass Torres, obwohl sie in 200 der 339 eine lokale Parteipräsenz besessen habe, nur 19 % erhalten habe.

Zurück zum Wahlkampf in Puerto Barrios: Auch bei Morales spielte die Katastrophe von El Cambray II eine Rolle: Eine Schweigeminute wurde gehalten und auf einer Pressekonferenz vor dem Strassenwahlkampf erklärte Morales, er werde seine Wahlkampftour abbrechen, um seine Hilfe anzubieten, etwa in Form von Lebensmittellieferungen für die evakuierten Opfer. Allerdings kehrte Morales in Puerto Barrios vor seinen AnhängerInnen wieder den Comedien hervor und erzählte über den Angriff einer Schlange auf ein Glühwürmchen, welche sich durch seinen Glanz verteidigt habe. „Es ist notwendig, dass Sie an mich glauben, denn wenn Sie das nicht tun, werden wir die Geschichte Guatemalas nicht verändern können. Mein Engagement als Kandidat liegt darin solche Botschaften zu verbreiten, die die Moral der Guatemaltekinnen vergrössern“, sagte er.

Sandra Torres suchte derweil weiter nach Verbündeten. In Retalhuleu traf sie sich mit den gewählten BürgermeisterInnen anderer Parteien, um um Unterstützung zu werben. An dem Treffen in einem Restaurant nahmen BürgermeisterInnen von LIDER und PP teil. „Ich kenne Retalhuleu wie meine Westentasche. Ich kenne die dortigen Probleme. Ich bitte die BürgermeisterInnen mich in meiner Arbeit zu unterstützen und mir zu helfen, Präsidentin zu werden“, sagte Torres.

In ihrer Rede ging sie auf ihre Regierungspläne ein, u.a. jenen, die zu wenig Essen haben, dadurch zu helfen, dass Ressourcen für eine Versorgung in der Schule zur Verfügung gestellt werden. Sie befasste sich auch mit dem in Untersuchungshaft sitzenden Ex-Präsidenten, Otto Pérez Molina. „Wir werden uns auch mit Perez Molina befassen müssen, weil weder ihm noch etwa Byron Lima Oliva [der mutmasslich den Mord an Bischof Gerardi veranlasste, d.Red.] Privilegien zugestanden werden dürfen“, sagte sie. Der ehemalige Präsident sei ein Strafgefangener wie jede/r andere/r und dürfe keinerlei Vergünstigungen erhalten (etwa TV oder ähnliches). Als Präsidentin werde sie auch die vorhandenen Privilegien für Lima Oliva abschaffen.

Auch Sandra Torres schickte Medizin und Zelte an die von dem Erdbeben von El Cambray II Betroffenen, aber sie sagte auf ihrer Facebook-Seite: „Wir sollte es vermeiden, uns hier in den Vordergrund zu spielen. Diese Tragödie sollte nicht für politische Zwecke missbraucht werden. Wir werden natürlich unsere Hilfe anbieten.“

Internationaler Tag des Rechts auf Informationen: Mangelnde Transparenz in Guatemala

Guatemala, 29. Sept. Jorge de León Duque, Menschenrechtsprokurator, rief die staatlichen Institutionen des Landes dazu auf, die Beachtung des Gesetzes über den Zugang zu öffentlicher Information zu gewährleisten, um eine wirkliche Demokratie aufzubauen. Mit diesen schönen Worten bedachte er den Internationalen Tag des Rechts auf Wissen und forderte die zwei PräsidentschaftskandidatInnen dazu auf, die Transparenz in ihren Regierungsplänen zu stärken. De León Duque erinnerte daran, dass jede Information der Regierung und seiner Institutionen im Prinzip öffentlich ist und nur in bestimmten Fällen nicht veröffentlicht werden darf, wie z.B. aus Gründen der Privatsphäre oder der Sicherheit. Allerdings sei dies in den Departements noch nicht die gängige Praxis.

Das Gesetz wurde 2008 geschaffen und hält jedem das Recht vor, Informationen anzufordern. Die Anfragen nach Informationen sollen in einem jährlichen Bericht von den unterschiedlichen Instanzen an das Ombudsbüro (PDH) weiter gegeben werden. Bei Auswertungen kam heraus, dass 2014 1.234 Anfragen gestellt und davon 765 gesetzeskonform erfüllt wurden, also 62% der Anfragen. Die meisten Unregelmässigkeiten entstanden bei Anfragen bei den Städtischen Entwicklungsräten und über Lizenzen zum Bergabbau. Seitdem das Gesetz in Kraft trat, wurden im Jahr 2014 die meisten Anfragen gestellt, 2009 und 2013 die wenigsten (je 342). (Cerigua)

Taiwan sponsert Lebertransplantationszentrum

Guatemala, 30. Sept. Die Botschaft von Taiwan wird in der nächsten Zeit in Guatemala die erste Einheit zur Transplantation von Lebern der zentralamerikanischen Region errichten, die unter der Aufsicht des Gesundheitsministeriums von Guatemala stehen wird. Es soll PatientInnen mit Leberproblemen des ganzen Landes helfen.

Die Krankenstation wird im Medizinischen Militärzentrum entstehen und mit dem guatemalteckischen Sozialversicherungsinstitut, und dem Gesundheitsministerium zusammen arbeiten. Der Staat wird bei dem Projekt unterstützend wirken und dazu verhelfen, dass Niveau und die Qualität der Behandlungen sowie den Zugang zu verbessern.

Adolfo Sun, Taiwanischer Botschafter, gab an, dass die Entscheidung zur Errichtung der medizinischen Einrichtung auf das Militärzentrum fiel, nachdem sieben Krankenhäuser besucht wurden und dies das einzige war, das alle Voraussetzungen erfüllte, um eine optimale Funktionsweise zu garantieren. Es werden insgesamt 250.000 Dollar dafür ausgegeben. Man hofft damit, jenen GuatemaltekinInnen eine zweite Chance geben, die sonst so eine Operation nicht zahlen können. 13 guatemalteckische Ärzte wurden 2011 dafür in Taipei, Taiwan ausgebildet. Man hofft damit bis zu 80 PatientInnen behandeln zu können. In Guatemala sind Krankheiten in Verbindung mit Hepatitis, vor allem vom Typ B und C, die viertgrößte Todesursache. (Cerigua)

Polizeikommissariate analysiert

Guatemala, 1. Okt. Die Gruppe der gegenseitigen Unterstützung (GAM) präsentierte eine Analyse der Kommissariate der Nationalen Zivilpolizei (PNC), in der dargelegt wird, dass es das Innenministerium auch nach 19 Jahren der Existenz dieser Sicherheitseinheit nicht geschafft hat, eine gut funktionierende Institutionen zu schaffen. Dies liege vor allem an der Korruption, die in der PNC grassiert.

Die GAM unterstreicht, dass die PNC von der Regierung abhängig ist und Teil des Innenministeriums. Sie wurde als Ergebnis der Friedensverträge geschaffen, um die öffentliche Sicherheit zu garantieren.

Die GAM analysierte Daten und Statistiken der Kommissariate aus dem Jahr 2014, die dem Innenministerium lieferte. Aus den Informationen geht hervor, dass es 27 Kommissariate im Land gibt, die Anzeigen aller Art von kriminellen Aktivitäten in ihrem jeweiligen Einzugsgebieten erhalten. Der Bericht gibt an, dass die Mordrate pro 100.000 EinwohnerInnen bei 35 liegt, wobei Escuintla mit 96 Opfern das Departement mit der höchsten Rate ist.

In seinen Schlussfolgerungen sieht es die GAM als notwendig an, Kommunikationsmechanismen zu schaffen, die es der Bevölkerung erlauben, enger in Kontakt mit den PolizeibeamtInnen zu treten. Dies würde einerseits die Anzahl von Korruptionsfällen mindern und gleichzeitig würde es den BeamtInnen mehr Zufriedenheit im Beruf bringen. Die GAM schlägt eine direkte Hotline in jedem Kommissariat vor, das die AnwohnerInnen anrufen können, um Anzeige zu erstatten. Sie schlägt weiterhin vor, Fundbüros in jedem Kommissariat einzurichten, in denen Autos oder wiedergefundene Gegenstände verwahrt werden. (Cerigua)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6